

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

martin.kocher@bmaw.gv.at
+43 1 711 00-0
Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.499.197

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)11768/J-NR/2022

Wien, am 8. September 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Oberrauner, Genossinnen und Genossen haben am 08.07.2022 unter der **Nr. 11768/J** an mich, in meiner vorherigen Funktion als Bundesminister für Arbeit, eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Warum hat Österreich keine Open-Source-Strategie?** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich für den Bereich Arbeit nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 3, 4 und 7 bis 9

- *Gibt es in ihrem Ressort eine Open-Source-Strategie mit dem Ziel, den Anteil an verwendeter Open-Source-Software in ihrem Ressort zu steigern?*
 - *Falls nein, warum nicht?*
 - *Falls ja, seit wann und wie lautet diese?*
- *Gibt es Maßnahmen in ihrem Ministerium diesen Anteil weiter zu steigern?*
 - *Falls ja, welche?*
 - *Falls nein, warum nicht?*
- *Gibt es in ihrem Ressort Zielvorgaben, welcher Open-Source-Anteil bis wann erreicht werden soll?*
 - *Falls ja, wie lautet dieses Ziel?*
 - *Falls nein, warum nicht?*
- *Gibt es in ihrem Ressort eine Analyse, welche Schwierigkeiten für den Einsatz von Open-Source bestehen und wie diese Schwierigkeiten überwunden werden können?*

- *Gibt es von Seiten ihres Ressorts einen Austausch mit der europäischen Ebene oder mit ihren Partnerressorts in anderen EU-Ländern über den Einsatz von Open-Source und/oder eine Kooperation zur (Weiter-) Entwicklung und zum Teilen von Open-Source-Lösungen?*
 - *Falls ja, wie sieht der Austausch bzw. die Kooperation konkret aus?*
 - *Falls nein, warum nicht?*
- *Gibt es von Seiten ihres Ressorts einen Austausch mit den anderen Bundesministerien, mit Länderbehörden, Städten und Gemeinden über den Einsatz von Open-Source und/oder eine Kooperation zur (Weiter-) Entwicklung und zum Teilen von Open-Source-Lösungen?*
 - *Falls ja, wie sieht der Austausch bzw. die Kooperation konkret aus?*
 - *Falls nein, warum nicht?*

Die Zentralstelle des vormaligen Bundesministeriums für Arbeit ist als Pilot durch den Dienstleister Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ) im Zuge der IKT-Bund gemäß der Konferenz der Generalsekretäre 2017 vollständig konsolidiert.

Die BRZ hat die Bevorzugung von Open-Source-Software (OSS) in den Digital Design Principles verankert. Es gilt das Prinzip "Standardisiere und nutze Vorhandenes".

OSS wird dementsprechend schon seit vielen Jahren in unterschiedlichen Bereichen eingesetzt (z.B. RedHat Linux, PostgreSQL, Java). Nach Möglichkeit schließt die BRZ Enterprise Support Verträge für diese Produkte (z.B. mit RedHat) ab.

Die BRZ arbeitet derzeit an der Einrichtung eines Open-Source-Project-Office, um die Licence Compliance sicherzustellen und die Verwendung von OSS weiter zu professionalisieren.

Im Bereich der Arbeitsinspektorate gibt es keine entsprechende Open-Source-Strategie, es findet kein nationaler oder europäischer Austausch im Zusammenhang mit OSS statt.

Zur Frage 2

- *Wie hoch ist der aktuelle Anteil an Open-Source-Software in ihrem Ressort?*

Diese Information kann für die Zentralstelle mit wirtschaftlichen Mitteln nicht ausgewertet werden, da über 100 Open-Source-Softwarebibliotheken auf unterschiedlichen Plattformen mit unterschiedlicher Ausprägung im Einsatz sind.

Im Bereich der Arbeitsinspektorate fällt der aktuelle Anteil gering aus. So wird Linux für Server in nicht-kritischen Bereichen, Wordpress, MySQL, Firefox und VLC-Player verwendet.

Zu den Fragen 5 und 6

- *Gibt es Open-Source-Alternativen zu den aktuell in ihrem Ministerium verwendeten proprietären Softwareprodukten, mit denen die Aufgaben ihres Ministeriums und der ihnen zugehörigen Behörden qualitativ gleichwertig durchgeführt werden können?*
- *Wären diese Open-Source-Alternativen zu geringeren, vergleichbaren oder höheren Kosten zu haben, als die aktuell verwendete proprietäre Software?*

Ich erlaube mir dazu, auf die Beantwortung der Fragen 1, 3, 4 und 7 bis 9 zu verweisen. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die BRZ den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes unterliegt.

Im Bereich der Arbeitsinspektorate wurden diesbezüglich keine Recherchen oder Analysen durchgeführt.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

